

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M. viertel-  
jährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepaßene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# Sattler- und Porzellan-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 46 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-  
straße 10b .: Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 17. November 1911

**Inhalt: Beitragszahlung.** — Der Schrei nach dem Zuchthaus. — Heinrich von Kleist. — Die proletarische Jugendbewegung in Deutschland. II. (Schluß). — Winterarbeit. — Das Schicksal des Hausarbeiters. — Aufgaben der Gewerkschaften. — Die vierte Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Porzellan- und Keramikkleingewerbe. — Erste Sitzung der Schlichtungskommission für das Porzellan- und Keramikkleingewerbe in Offenbach a. M. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Rundschau. — Bücherkaut. — Sterbeliste. — Verammlungskalender. — Anzeigen.

**Für die Woche vom 19. bis 25. November ist der 47. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.**

## Der Schrei nach dem Zuchthaus.

Zeit ihrem Bestehen haben die Unternehmerverbände es sich zur Aufgabe gemacht, den berechtigten Bestrebungen der Arbeiterchaft nach höherer Entlohnung und besseren Arbeiterwohnvorrichtungen energisch entgegenzutreten. Es will ihnen nicht in den Kopf hinein, daß Arbeiter, die ihrer Meinung nach nur zur Schaffung von Mehrprofit in die Welt gesetzt wurden, sich unterfangen, bei der Festsetzung der Arbeitslöhne und Begrenzung der Arbeitszeit ein gewichtiges Wort mitzureden. Sie meinen, der Herren-im-Sauie-Standpunkt ruht nicht mehr auf festem Fundament, wenn die Arbeiter in den Räumen, in denen sie tagüber sich abquälen, ihre Gesundheit und ihr Leben zu Markte tragen, als gleichberechtigter Faktor anerkannt werden wollen. Die moderne Produktion verlangt ganze, mit Verstand begabte Menschen, nur möchten die Unternehmer es geschlecht verboten wissen, den Verstand außerhalb der Arbeitsstätte zu gebrauchen. Vor allem ist ihnen die Erkenntnis der Arbeiter, daß nur durch festgefügte gewerkschaftliche Organisationen ihren Forderungen Nachdruck verliehen werden kann, ein Stachel im Fleische. Sie glauben, wenn die Gewerkschaften vernichtet sind, auch der Willen der Arbeiter gelähmt ist. Aus diesem Gedankengange heraus resultiert die Ausprägung der Unternehmerrückwärtsentwicklung gegen die Arbeiter, ihr Schrei nach Ausnahmegeetze und verstärkte Anwendung bestehender Gesetzesbestimmungen. Neben den Mittelstandsvereinigungen tut sich der Zentralverband deutscher Industrieller, dessen früherer Leiter Dr. Bued auf dem Delegiertentage im Dezember 1910 die programmatische Erklärung abgab, daß es für die Industriellen anders nichts geben könne, als die Gewerkschaften zu zerhacken, besonders hervor. Dieser Zentralverband hält es als dringendste Pflicht des am 12. Januar 1912 zustande kommenden Reichstages, Ausnahmegeetze gegen die freien Gewerkschaften zu schaffen. Auf

dem diesjährigen Delegiertentage am 7. November in Berlin gelangte folgender Antrag zur einstimmigen Annahme, nachdem Dr. Bued noch erklärt hatte, daß man in der Forderung nach gesetzlichem Schutz der Arbeitswilligen nicht erlahmen dürfe, auch wenn es morgen heiße, der Zentralverband habe scharfmacherische Ausnahmegeetze verlangt:

„Angesichts der immer drohender werdenden Gestaltung der Arbeitskämpfe und des immer rückfichtloseren Machtgebrauchs der Streikgewerkschaften erachtet der Zentralverband deutscher Industrieller es für unbedingt erforderlich, daß die verbündeten Regierungen tunlichst bald und energisch dafür Sorge tragen, durch gesetzliche Maßnahmen die Freiheit der Arbeit wirkungsvoller, als bisher geschehen ist, zu schützen und damit die der Sozialdemokratie und ihren Gewerkschaften noch nicht verfallenen Arbeiter vor dem Terrorismus dieser Partei und ihrer Organisationen zu bewahren. Der Erlaß derartiger gesetzlicher Maßnahmen liegt im eigensten Interesse der Arbeiterchaft wie im Interesse der staatlichen Ordnung. Die schrankenlose Weiterentwicklung des sich ständig verschärfenden Klassenkampfes wird der Industrie die Aufgabe, der nationalen Wohlfahrt zu dienen, immer mehr erschweren, wenn nicht eines Tages ganz unmöglich machen.“

Die Angst um den dreimal geheiligten Profit läßt es erklärlich erscheinen, wenn die Unternehmer die krampfhaftesten Anstrengungen machen, die Gewerkschaften aus der Welt zu schaffen, ihre Bestrebungen mit Zuhilfenahme der Singsangarde zu unterbinden. Aber gleichsam ein Stück aus dem Tollhause ist es, wenn sogenannte Arbeitervereinigungen den Ehrentitel Arbeiter in Rot zerrren, sich mit den größten Arbeiterfeinden im Unternehmerlager koalieren und sich von ihnen aushalten lassen, indem sie ebenfalls nach Zuchthausgeetzen schreien, vermöge deren den freien Gewerkschaften das Lebenslicht ausgeblasen wird. Wenn auf politischem Gebiet oftmals von der Paarung des Karpfens mit dem Kaninchen gesprochen wird, hier auf gewerkschaftsfeindlicher Seite ist die widernatürlichste Paarung kein Problem, sondern Faktum.

Am 6. November, also einen Tag vor der Unternehmerkonferenz, tagte in Berlin der Hauptauschuß der nationalen Arbeiterverbände. Nicht einem bloßen Ungefahr ist dieses zeitliche Zusammenfallen zuzuschreiben. Die Arrangure handelten nach Uebereinkunft. Denn warum sollten auch die Teilnehmer zweimal reisen. Bei der Tagung der Gelben am 6. November waren die Unternehmer zu Gäste, am 7. November gaben die „Arbeiterdelegierten“ eine Gastrolle bei den Scharfmachern. Das war auch der einzige äußerlich erkennbare Unterschied. Die Liste der Herren Gäste bei den „Gelben“ weist „Klang-

volle“ Namen auf. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, die ausführlich über die Tagung berichtet, zählt sie alle auf, daß auch nicht einer fehle. Da waren unter anderem erschienen: Generalfeldmarschall Freiherr v. d. Goltz, Generalleutnant Siemens, Vorsitzender des Verbandes nationaler Vereine von Groß-Berlin, General von Koebell, Vorsitzender des Förderungs-Ausschusses, Marine-Gewerberat Dr. von Finsch für das Reichsmarineamt, Regierungsrat Dr. Kochler für das Reichsamt des Innern, Major Schulz für das Königl. Preussische Kriegsministerium, Oberregierungsrat Dr. Amelung für das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Geheimrat Oberregierungsrat Neumann für das Ministerium für Handel und Gewerbe, Oberregierungsrat von Eichmann für Unterstaatssekretär im Königlichen Staatsministerium von Eichenhart-Rothe, Oberpräsidentat Freyer für Oberpräsidenten von Segel-Magdeburg, Regierungsrat v. Le Coq vom Polizeipräsidium von Schöneberg und Regierungsrat Gaebel vom Polizeipräsidium Richtenberg. Das königliche Landesökonomiekollegium vertraten Dr. von Altrof und Dr. Ksmis, Dr. Länzer vertrat die Hauptstelle, Dr. Grabenstedt den Verein Deutscher Arbeitgeberverbände, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wurde durch den Hauptgeschäftsführer Dr. Bovenstein vertreten; mehr als dreißig andere Korporationen aus allen Teilen des Reiches hatten Vertreter entsandt, von denen wir hier nur Freiherrn von Reisswitz und Dr. Westphal-Samburg, Paul Steller-Köln, Dr. Eckerhannover, Dr. Johann-Danzig, Direktor Eckert-Waldenburg, Graf Armin-Wustau und etwa zwölf Reichstags- und Landtagsabgeordnete erwähnen, von denen auch einige ausgiebigen Gebrauch der Redefreiheit machten. Um die Zwangsmitglieder der gelben Organisation nicht zu schänden, übergehen wir die Ausführungen der geistigen und geisteschwachen „Arbeiter“. Wir nageln nur fest, daß es in Deutschland Leute gibt, die sich als Arbeiter bezeichnen, die einer Resolution zustimmen, in der folgender Satz vorkommt:

„Da die geltende Gesetzgebung zur Wahrung eines Koalitionszwanges und von Verfassungserklärungen, durch die zahlreiche Staatsbürger in ihrer wirtschaftlichen Existenz auf das schwerste geschädigt und sogar vernichtet werden, ungenügend sind, fordern wir zum Schutze der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit, gegen Gewalttätigkeiten jeder Art ausreichende gesetzliche Bestimmungen, wie solche — unbeschadet des gesetzlich verbürgten Koalitionsrechtes — in fast allen Kulturländern bereits bestehen und im Vorentwurf des neuen Strafgesetzbuches vorgeschlagen sind.“

Wir beklagen es tief, wenn Arbeiter, die ihre verbesserte Lebenshaltung einzig und allein den Bestrebungen der freien Gewerkschaften zu danken haben, sich zu solchen Machinationen hergeben und ihren Drahtziehern, zum eigenen Schaden, noch immer Gefolgschaft leisten.

Manz recht hat der „Zimmerer“ und wir schicken uns dem völlig an, wenn er schreibt:

Die Vereine, durch Ausnahmebestimmungen die Gewerkschaften auch nur erklecklich schwächen oder in ihrer weiteren Entwicklung aufhalten zu können, sind ebenso trügerisch, wie der vollendete Irrsinn, ohne Gewerkschaften sei ein sozialer Frieden gesichert, ohne Gewerkschaften gäbe es keine wirtschaftlichen Kämpfe. Die Vorgänge in Rußland, England und Belgien sind der beste Beweis dafür, daß bei dem Fehlen von starken Organisationen der Sozialkampf im wirtschaftlichen Interessenkampf viel anarchischeren Formen annimmt, als unter der Herrschaft verhandlungsfähiger Repräsentanten und Bevollmächtigten der Parteien.

Die Differenzen zwischen Kapital und Arbeit sind in den Interessengegensätzen begründet. Besondere Umstände, die das Unternehmertum überhebt, erklären die herausgewachsene Schärfe in den sozialen Kämpfen; die Unternehmer betrachten sie als das Resultat heftiger Tätigkeit einzelner Personen.

Die enorme Steigerung der Produktivität der Arbeit, die den Arbeitern nicht verborgen bleibt, härt ganz naturgemäß das Verlangen, durch Erhöhung der Löhne in entsprechendem Ausmaß an dem größeren Ertrage der Arbeit beteiligt zu werden. Entgegenwärtig wirkende Faktoren bedrohen dagegen nun aber sogar die Lebenshaltung der Arbeiter in ihrem bisherigen Bestande. Bei den für unsere heutige Wirtschaftspolitik Verantwortlichen können wir uns dafür bedanken. Die meisten Unternehmer werden dabei an die Brust schlagen können und sprechen: men culpa! Sie erhoben ja die Zollwucherer und Grenzverräter, die Macher der indirekten Steuern zu Geistesniedern.

Die Konserwativen, Ultrantontanen, Nationalliberalen usw. beicherten uns den Weichnachtsolltarif mit den Wiederfällen. Kein vernünftiger Mensch wird heute noch bestreiten, daß dieser Tarif die Lebenshaltung in ganz außerordentlicher Weise verheert hat. Lohnerhöhungen wußten denn nur von der Hand in den Mund Lebenden dafür selbstverständlich einen Ausgleich schaffen; die künstliche Lebensmittelpreiserhöhung erhöhte die Produktionskosten in der gewerblichen Gütererzeugung. Gleichzeitig erschwerte die Zoll-

politik der deutschen Industrie die Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Andere Staaten erhöhten ihre Zölle auf deutsche Industrieerzeugnisse, weil unsere Agrarzölle ihnen die Ansuhr von Agrarerzeugnissen nach Deutschland unterbanden. Industrie, Handel und Gewerbe tragen die Kosten der agrarischen Wirtschaftspolitik. Die ungünstige Entwicklung verdrängte die Reichsfinanzreform mit ihrer ernten erheblichen Belastung der produktiven Arbeit.

Woll nun die Zoll- und Steuerpolitik die Vertenerung der Lebenshaltung zu einem dauernden Faktor macht, verlangt es das Lebensinteresse des einzelnen Arbeiters, einen entsprechenden Ausgleich zu erkämpfen. Dem schon vorhandenen Zwange zu Lohnforderungen haben nun die Folgen der anhaltenden Dürre einen kräftigen Nachdruck verliehen.

Die genannten Umstände ergeben eine solche Summe drängender Macht für den Arbeiter, daß er von der Geltendmachung seiner Ansprüche gar nicht Abstand nehmen kann.

Bei einiger Ueberlegung sollten das auch die Unternehmer einsehen. In ihrer kurzfristigen Abneigung gegen die moderne Arbeiterbewegung forchten sie jedoch den Querschnitt der Erscheinungen nicht nach; sie erblickten in den durch die Vertenerung der Lebenshaltung notwendigen Forderungen und erkämpften Lohnerhöhungen die Ursachen der Warenpreiserhöhungen, während in Wirklichkeit gerade diese den stärksten und nachhaltigen Impuls zu den Ansprüchen der Arbeiter geben.

Von der falschen Voraussetzung ausgehend, gelangen die Unternehmer weiter zu der irrigen Schlussfolgerung, durch Vermehrung der Gewerkschaften könnte Lohnforderungen vorgebeugt werden. Das Zerbrechen der Gewerkschaften wird aber immer nur ein Wunsch bleiben. Man kann sie drangsalieren, verfolgen, ungesetlich behandeln, aber schließlich doch nicht schwächen.

Neue gesellschaftliche Formen sind nicht das Produkt flügelnder Phantasie, sondern immer der Ausdruck wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Kein subjektives Wollen, auch wenn es die Staatsmacht als ausführendes Organ benutzte und mißbrauchen kann, war jemals in der Lage, oder wird es je sein, die durch die Entwicklung notwendig gewordenen Einrichtungen zu vernichten. Schließlich vermag

staatliche Willkür ihre früheren Formen zu zertrümmern, nie aber ihren Geist -- der bleibt immer lebendig! Und was wäre schließlich mit dem Zertrümmern der Normen der Arbeiterorganisation gewonnen? Man trieb die solidarisch Tühenden und Wollenden aus dem Licht der Öffentlichkeit in das Dunkel der Heimlichkeit, kein Zuchtshausgeleit, keine Deportationsgefahr verhinderte die Wirksamkeit der Entwicklung der Gewerkschaften: Druck erzeugte stets Gegenruck!

Das Sozialistengesetz tötete nicht den Sozialismus, im Gegenteil, das Stürmen und Toben machte ihn wirksamer, ließ ihn in Deutschland jene theoretische Tiefe gewinnen wie sonst nirgends in der Welt. Das offensiv-fundige Massengesetz hämmerte die Erkenntnis von dem unüberbrückbaren Gegenab zwischen Kapital und Arbeit fest wie Stahl in die Proletarierhirne ein, schmiedete die Verfolgteten und Bedrohten mit den unzerstörbaren Ketten der Solidarität aneinander.

Genie ist das Proletariat in einer ungleich größeren Masse Klassenbewußt. Verstandesgemäßes Erfassen der geschichtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorgänge, nicht lediglich gefühlsmäßiger Drang ließ Millionen Proletarier den Weg zur modernen Arbeiterbewegung finden. Glaubte man, diese Arbeiter heute noch zu einflusslosen Trümpchen auseinanderzuprennen zu können? Das ist ausgeschlossen! Vor dreißig Jahren war die Gemeinde der Gläubigen noch so klein, daß man sie fast vollständig zerstreuen, die einzelnen Glieder bewachen konnte, heute ist das undenkbar. Von dem Gefühl und dem Bewußtsein der Masse suggestiv beherrscht, müßten die unter ein neues Ausnahmegesetz Gestellten, in der Ausübung ihrer vom Klasseninteresse diktierten Koalitionen Behinderten, gegen die in Gesetzesform gegossene Ungerechtigkeit und Ansehung protestieren.

Wenn trotzdem die Scharwacher und die ihr gehorame Regierung unter dem Deckmantel des gemeinen Rechts das Koalitionsrecht noch mehr knebeln wollen, als es jetzt schon geknebelt ist, dann hegen sie verbrecherische Pläne, sie handeln nach dem Grundsatz: Nach uns die Sintflut!

Die Ausübung von Attentaten, wie sie der Zentralverband Deutscher Industrieller

Heinrich von Kleist.

(Zum hundertjährigen Todestag.)

Heinrich von Kleist wurde am 10. Oktober 1776 in Frankfurt a. O. geboren. Er trat frühzeitig in die Armee ein. Während des Krieges gegen Frankreich erkannte er die Dohlichkeit der Sabelrasse. Er will die Zeit, die wir hier so unmoralisch töten, durch menschenfreundliche Taten begreifen. Zwei-unzwanzig Jahre alt, nahm er seinen Abschied und widmete sich den Studien. Seine Naturanlage hinderte ihn, irgendwo Verriedigung zu finden. Wie der Witz trifft den Wahrheitsfucher das Wort kamts, daß der Mensch nicht die Dinge, sondern nur seine Anschauung von den Dingen kennt. Das wirtlich zukünftigen Dichter aus dem Geiste. Daß demnach Recht und Gerechtigkeit zwei verschiedene Dinge sind, entlockt ihm das Wort: „So nügen wir am Ende tun, was wir wollen, wir tun immer recht“. Anset durchzirt er Deutschland, Frankreich und die Schweiz und entdeckt nun in sich den Dichter. Er vernimmt sich, dem Weimarer Dichterkreis den Vorber vom Haupt zu reihen; Robert Guiscard soll das auserwählte Werk sein. Aber er kann sich nicht genug tun, verzweiflungsvoll wünscht er, daß der Himmel ihm nur die Hälfte seiner Gaben und etwas mehr Selbstvertrauen und Gemütsfeste gegeben hätte. Seine zerklebernde Selbstkritik entdeckt immer wieder Mängel und so bleibt schließlich nur der Torso des ersten Aktes bestehen. Ueber dies Misslingen bricht er zusammen. Er soll sogar eine Zeitlang in einem Irrenhause gewesen sein. Dann eilt er nach Frankreich, um mit Napoleon nach England überzugehen. Er freut sich auf das „prächtige Grab“. Eine schwere Krankheit hinderte ihn an der Ausführung des tollen Entschlusses.

In „Familie Schroffenstein“ behandelt Kleist eine Fabel, die stark an Shakespeares „Romeo und Julia“ erinnert. Hier wie dort zwei feindliche Familien und ein seltsames Liebespaar. Während Shakespeares die Hauptschuld an dem tragischen Ausgang der Handlung den Liebenden zuschiebt, sind

diese bei Kleist die unschuldigen Opfer. Mit sichtlichem Anlauf und nur gerieben durch fortwährenden Anspruch hat Kleist das Werk geschrieben. Zum eigenen tranken Gemüt schreit zum Himmel auf.

Wort der Gerechtigkeit, sprich deutlich mit dem Menschen, daß er's weiß, auch was er soll! ...

Nachdem er dann eine Uebersetzung des Moskischen Lustspiels „Amphitruon“ fertiggestellt hat, allerdings recht frei, schrieb er sein eigenes, einziges Lustspiel „Der zerbrochene Krug“. Es wird erzählt, daß Kleist in Gemeinschaft mit Zischke und dem jungen Wieland in der Schweiz einen Kupferstich betrachtete, der zwei freitende Parteien darstellte, die auf einen dicken Richter eintreffen. Das Streitobjekt ist ein zerbrochener Krug. Die drei wählten dies zum Thema eines literarischen Wettkampfes. Kleist läßt den Richter bei einem Liebesabenteuer selbst den Krug zerbrechen. Der Verfasser läßt das Stück unter schmerzlichen Händlern spielen, die jede Kleinigkeit mit einer Sorgfalt diskutieren, als ginge es ums Heil der Seele. Und so kann es nicht ausbleiben, daß der Richter, trotz der eisernen Stirn, mit der er läßt, sich bei der Vernehmung selbst entlarvt. Dies hat der Dichter mit größter Kraft und Charakterisierungstunni dargestellt. Es ist ein Triumph seiner großen dramatischen Kraft, daß es ihm trotz seiner eigenen düsteren Stimmung gelang, soviel des lachenden Humors, soviel der fröhlichen Heiterkeit dauernd in Fluß zu halten.

Goethe, der an der Weimarer Hofbühne Direktor war, ließ das Stück durchfallen, indem er es im Stil antiker Dramen aufführen ließ. Er zerriß es in drei Akten und plazierte es hinter eine indifferente Oper, wobei der Gehalt des Stückes natürlich verloren gehen mußte. Ein Hofbeamter vertieg sich sogar soweit zu preisen. Er wurde zwar auf Begeh des Herzogs verhaftet, aber Goethe soll geäußert haben: „Der Mensch hat gar nicht so Unrecht gehabt, ich wäre auch dabei gewesen, wenn es

der Anstand und meine Stellung erlaubt hätten.“ (Ed. Genait: Aus dem Tagebuche eines alten Schauspielers.) Als Kleist es noch einmal wagt, sich dem Bewählten zu nähern eine Ablehnung durch Goethe war eine literarische Hinrichtung, als er ihm „auf den Arnen seines Herzens“ seine „Penthesilea“ überreichte, da antwortete kalt und abweisend der Theaterdirektor.

Der Goethe, an den Kleist sich wandte, war nicht mehr der Goethe des Berther. Er sagte selbst von sich, er spreche davon zurück, eine wahre Tragödie zu schreiben, ja er sei überzeugt, daß er sich durch einen Versuch zerlösen könne. Er sowohl als Schiller hatten das Gebiet der Leidenschaften verlassen, sie hatten sich zur abgeklärten Harmonie erhoben, zur alles aufhebenden Abgellärtheit -- die es im wirklichen Leben nicht gibt. Kleist war der geniale Gegenpol. Der Dichter der „Penthesilea“ wollte Naturwahrheit, während Goethe predigte, es komme nicht auf Naturwahrheit, sondern auf Kunstwahrheit an. „Goethe empfand in Kleist intuitiv das ihm feindliche, sich ihm entgegensetzende Genie, er empfand es als ungesund und die Harmonie störend.“

Der traurige Mißerfolg in Weimar war allerdings nicht dazu angetan, eine glückliche Stimmung Anker lassen zu lassen. In der grandiosen „Penthesilea“ hat Kleist alle Züge seiner eigenen dämonischen Leidenschaft Gewalt werden lassen. Den ganzen Schmerz und den Glanz seiner Seele hat er, nach eigenem Geständnis, in diesem Drama niedergelegt. Nachdem der Schmerz ausgelebt hat, gelingt ihm im „Mädchen von Heilbronn“ eine Figur, die das Gegenstück der wilden Amazone ist.

Der Dichter gab nun allmählich seine gräßliche Einsamkeit auf, dieser Annäherung wurde hauptsächlich hervorgerufen durch die politischen Ereignisse. Napoleon I. wollte aus dem letzten deutschen Staat zwingen, Preußen (mit dem kleinen norddeutschen Staatenkongress, das drum und dran hing). Kleist zürnte, daß Preußen nicht schon das Schwert zog, als Napoleon wider alles „Völkerecht“ durch das preußische An-

gegen die Gewerkschaften verlangt, müssen dieselbe Wirkung haben wie der in ein Pulverfaß geschleuderte Funke. Herrschucht, Habgier und Haß sind die Motive der Arbeiterfeinde. Sturm entpflückt als Frucht solchen Samens!"

Die klipp und klare Stellungnahme des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und der „Gelben“ kommt gerade noch zeitig genug, um allen Arbeitern zu zeigen, wohin der Weg führt, wenn sie nicht alles daran setzen, am 12. Januar 1912 eine Reichstagsmajorität zustande zu bringen, die den besten Schutzwall für alle Arbeitergewerkschaften bildet.

### Die proletarische Jugendbewegung in Deutschland.

#### II. (Schluß.)

Angeichts des Kampfes mit ungleichen Waffen ist es erklärlich, wenn die geschlossenen Jugendorganisationen und deren eingeschriebene Mitglieder einen verhältnismäßig geringen Umfang aufweisen. Es wäre aber ein Trugschluß, anzunehmen, die Maßregeln der Behörden und die Gerichtsurteile seien geeignet, den Geist zu töten, der die proletarische Jugend befeuert. Wie die ersten Christen trotz der Verfolgungen der damals herrschenden Parteien in Höhlen, Kellern und sonstigen Verstecken Anhänger in immer größer werdender Zahl um sich versammelten und ihre Lehre verkündeten, so daß die christliche Religion Staatsreligion geworden ist, wie das Sozialistengesetz dazu beigetragen hat, eine Partei, deren Anhänger nach Millionen zählen, zu stiften und eine starke Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, genau so werden die Verfolgungen gegen die Jugendorganisationen dazu beitragen, die freie Jugendbewegung zu kräftigen. Daß wir dabei auf dem besten Wege sind, beweist uns der soeben erscheinene Jahresbericht der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, in dem es heißt:

„Die in verhältnismäßig kurzer Zeit errungenen Erfolge der Jugendbewegung bestätigen, wie sehr mit den Feinzeit viel umrittenen Beschlüssen des Parteitagess und des Gewerkschaftstages das Richtige getroffen wurde. Und wenn in der ersten Zeit sich auch hier und dort Unzufriedenheit mit diesen Beschlüssen geltend machte, so kann heute erfreulicherweise gesagt werden, daß sowohl über die Aufgaben der Jugendbewegung als auch in organisatorischen Fragen auf der ganzen Linie eine völlig einheitliche Auffassung Platz gegriffen hat. Damit hat die Wucht der Bewegung erheblich gewonnen.“

Der heilten Gradmesser für unsere Fortschritte bildet der Abonnementstand der „Arbeiter-Jugend“. Das erste Jahr ihres Erscheinens schloß die „Arbeiter-

Jugend“ mit 28 100 Abonnenten ab. Im nächsten Jahre stieg ihre Zahl auf 45 000 und jetzt können wir 65 612 Abonnenten mütern.

Als unsere Gegner sahen, daß es das organisierte Proletariat mit der Jugendbewegung ernst nahm, als es keinen Zweifel mehr ließ, daß es die Sache der Jugend als seine eigene Sache betrachtete, da setzten sie mit ihrer Welle gegen die proletarische Jungmannschaft heftiger ein als je.

Unter Führung der Regierung und unterstützt mit öffentlichen Geldern hat sich die bürgerliche Jugendbewegung mehr und mehr zentralisiert. Ihre Mittel sind vielfach ähnliche wie die vorigen. Mit Jugendheimen, Bildungsvereinigungen, Unterhaltungsveranstaltungen und Körperpflege versucht man die arbeitende Jugend von unseren Beiträgen fernzuhalten. Alle Machtmittel des Massenstaates: Bureaucratie, Schule, Kirche und militärische Anstalten, werden in den Dienst der bürgerlichen Jugendbewegung gestellt. Außerdem führen Polizei und Gerichte auf Grund des reaktionären Jugendparagrafen des Vereinsgesetzes einen heftigen, unausgesetzten Kampf gegen die proletarische Jugend.

Wenn wir trotz der heuchlerischen bürgerlichen „Jugendfürsorge“ und trotz der behördlichen Verfolgungen und Drangsalierungen so erhebliche Fortschritte aufzuweisen können, so beweist das, daß die proletarische Jugendbewegung festen Boden unter den Füßen hat und daß nicht nur das moralische, sondern auch das tatsächliche Recht auf unserer Seite ist.

Die Zahl der Trie mit Jugendausschüssen ist im letzten Jahre von 360 auf 454 gestiegen.

Von den 213 Orten, die berichteten, haben 147 ein Jugendheim. Allerdings handelt es sich bei den meisten Orten nur um recht bescheidene Einrichtungen. Das ergibt sich schon daraus, daß 110 Jugendheime nur aus einem Raum bestehen. Größere Jugendheime haben zum Lesen, Spielen, zur Unterhaltung und für belebende Veranstaltungen getrennte Räume. Bibliotheken sind in 74 Jugendheimen vorhanden. Naturgemäß kann und soll sich die Jugendbewegung nicht nur auf die geistige und körperliche Ausbildung ihrer Angehörigen beschränken. Bei der großen Ausdehnung der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Handel, Landwirtschaft und Industrie muß ihr Augenmerk auch auf die Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes für Jugendliche gerichtet sein. Nach der letzten Verfassungszählung waren im Deutschen Reich 3 302 483, darunter 1 439 399 weibliche, im Alter von 14—18 Jahren erwerbend tätig und zwar in der Landwirtschaft insgesamt 1 341 410, darunter 677 848 weibliche, in der Industrie insgesamt 1 465 099, darunter 379 740 weibliche, im Handel insgesamt 294 798, darunter 112 208 weibliche, in häuslichen Diensten 271 176, darunter 269 608 weibliche.

Nach den Berichten der staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten des Reiches betrug die Zahl der Fabriken und gleichartigen Anlagen im Jahre 1909: 267 554 (1908: 259 617), die der Fabriken, die Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren beschäftigen, 95 304 (91 888). Die Zunahme der Fabriken überhaupt war 7037 = 3,0 Proz., die der Betriebe mit Jugendlichen 3416 = 3,7 Proz. Die Gesamtzahl der Arbeiter betrug 6 209 225 gegen 6 122 416 im Vorjahre. Das Mehr von 86 809 entspricht einer Zunahme von 1,4 Proz. Unter den 6 209 225 Arbeitern befanden sich 446 540 Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren (1908: 440 225). Die Jugendlichen sind am stärksten vertreten in der Bekleidungsindustrie, in den graphischen Gewerben und in der Metallverarbeitung. Auch im Bergbau spielt die Beschäftigung von Jugendlichen unter 16 Jahren noch eine erhebliche Rolle. Während von den Fabrikrevisionen 84,6 Proz. der Arbeiter berührt wurden, betrafen diese Revisionen nur 80,5 Proz. der Jugendlichen und 78,0 Proz. der Kinder.

Die Gesamtzahl der Vergehen gegen die Kinder- und Jugendschutzbestimmungen der Gewerbeordnung und der Pubservatsvorschriften betrug im Jahre 1909: 18 786 (1908: 20 814). Davon entfielen 14 502 (16 418) Fälle auf formale Verstöße gegen die Vorschriften über Anzeigen, Anschläge, Arbeits- und Lohnzahlungsbücher, 4384 (4366) auf die schwereren Vergehen gegen die Beschäftigungsverbote, die Vorschriften über Arbeitsdauer und Ruhepausen. Der Müßiggang, der aus den ersten Ziffern spricht, wird bei weitem wettgemacht durch die Zunahme der schwereren Vergehen. Die Höhe der Verurteilungen ist durchweg so niedrig, daß sie wenig Wirkung auf die Arbeitgeber ausüben.

Beachten wir, daß die Aufsichtsbeamten die einzelnen Betriebe zu wenig besichtigen und daß bei den Besichtigungen ihnen nur zu oft die Zuwiderhandlungen gegen den Jugendschutz entgehen und daß die von den Aufsichtsbeamten festgestellten Vergehen nur den kleineren Teil der großen Masse der Zuwiderhandlungen bilden, die sicher vorkommen, so wird man es vollständig in der Ordnung finden, wenn die Jugendlichen an der Durchföhrung der Schutzbestimmungen mitarbeiten.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, gewinnt die Frage der Jugendbewegung, von den Regierungen zu einer politischen Frage erhoben, insbesondere für die Arbeiterschaft eine sich immer steigende Bedeutung. Handelt es sich doch um ein Stück eigenen Reiches und Autes, um den Wachstum der Arbeiterschaft, der hier vor dem Ansturm der reaktionären Masse zu verteidigen ist. Da ist es die heiligste Pflicht eines jeden Arbeiters, seine Kinder vor den Fallstricken seiner Feinde zu bewahren. Dies geschieht am besten dadurch, daß er seine Kinder sofort nach der Schulentlassung der freien Jugend-

bad marschierte. Den Grund des Jögerns, den Kleist nicht kannte, Niebuhr hat ihn mit einigen dünnen Worten enthüllt. In einem Brief vom 20. November 1806 schreibt er: „Das Vorgehen des Kabinetts: für die Verteilung der Freiheit und der nationalen Ehre einzutreten, gleich dem Vorgehen einer Prostituierten, ihr Leben für die Sache der Menschheit zu opfern... Der patriotische Geist, den die Berliner während der dem Kriege vorhergehenden Krisis an den Tag legten, war zum großen Teil bloß äußerer Schein. Sie waren gerühlos gewesen gegenüber... dem Todesföhnen der Ehre und des Glücks, solange sie sich schmeichelten, daß Preußen seinen Anteil bekommen würde, daß sie das auserwählte Volk des neuen Gottes seien...“ Niebuhr nennt das abscheuliche Grundföhne und die Begeisterung vor 1806 ein nicht wärmendes „Planetenlicht“. Kleist war Feuer, er liebte sein Vaterland, weil es mein Vaterland ist“. Auf die erste abschwächende Meldung von Jena, meinte er verwundert: 20 000 Mann auf dem Schlachtfeld und doch keinen Sieg! Als er dann die ganze Wahrheit erfuhr, als dann ein Kleist die erste Festung ohne Schwertstreich übergab — ein Schimpf, der ihn bei seinem Familienstolz mit furchtbarer Schwere treffen mußte, als er selbst durch ein Mißverständnis in den Verdacht der Spionage geriet und im Jura auf das Schloß Jöhr gefangen gesetzt wurde, wo er lange düstere Wochen verlebte, da brach sein ganzer leidenschaftlicher Grimm gegen den Vaterlandsfeind, gegen Sachsen, gegen den Rheinbund, gegen das mächtige Edelrautelein los, das glühtich ist, wenn ihr Körper die Kränze eines französischen Gedenks betrieht, gegen alles, das nicht vom gleichen Franzosenhaß erfüllt war wie er. Man muß wohl in jener Zeit gelebt haben oder eine ebenso frante Feuerseele besitzen, wenn man dieser Kleist begreifen will. Auf die Nachricht von Wötern, diesem Talzinum der österreichischen Waffen, eilte er nach dem Süden. Als Napoleon siegreich blieb, ließ er den verzweifelten Entschluß, den Kaiser zu ermorden. Ein Zu-

fall soll diesen Plan vereitelt haben. Er identifiziert sich ganz mit seinen Gedichten. In seiner Ode „Germania an ihre Kinder“ heißt es:

Schlagt ihn tot, das Weltgericht fragt euch nach den Gründen nicht!

Kleist hat die Enttäuschung nach 1815 nicht erlebt; zu seiner Ehre wollen wir annehmen, daß es für ihn eine Enttäuschung gewesen wäre, wenn er gesehen hätte, wie das Volk mit ungeheuren Blutopfern das französische Joch hinwegschwemmt und dafür ein Zentnerjoch einläuscht. Wir könnten füglich über diese Zeit des Dichters hinweggehen, wenn sie nicht so reich an dichterischem Schaffen wäre. Denn alle diese Lieder, so wild leidenschaftlich sie sind, sie bleiben Kunstwerke. Gerade die ehrliche Leidenschaft bewahrten Kleist vor der Phrasen und seine Nieder wegen ihres hyperpartialisches Inhalts abzuhnen, hieß in den Föhler jener „offiziellen“ Freiligrathschwärmer verfallen, die bei ihrer Feier zu Ehren dieses Dichters einen Kranz zurückwiesen, weil die Schleife folgende Zeilen des Dichters trugen:

Daß Deutschland frei und einig sei,  
Das ist auch unser Dürfen.  
Doch einig wird es nur, wenn frei!  
Und frei nur ohne Föhren!

Diese Zeit bewog Kleist auch zur dramatischen Arbeit. „Die Hermannschlacht“ sollte in gewissen Sinne darstellen, wie Kleist sich die Befreiung des Vaterlandes dachte. Der Stoff machte die Komposition des Dramas besonders schwierig. Kleist übertrug hier bedeutend das „partielle“ Genie D. Grabbes, der sich am gleichen Stoff versuchte. „Die Hermannschlacht“ ist ein grandioses Werk und wird vielleicht nur von dem letzten dramatischen Werk, dem „Prinzen von Romburg“ übertroffen.“ „Prinzen von Romburg“

\*) Von seinen Erzählungen ist vor allem bemerkenswert „Michael Kohlhäas“. Sie ist wohl allgemein bekannt, ein weiteres Eingehen erübrigt sich also. Bekannt wird, daß er diesen Stoff nicht dramatisierte,

gilt als schönstes reiftes Werk des Dichters, er selbst knüpfte die größten Hoffnungen daran. Aber die kalte Lieblosigkeit, der er überall begegnete, und die nicht einen Augenblick von seiner Seite wich, machte alles zunichten. Als er das Werk der Prinzessin von Oranien überreichte, erhielt er von dieser zwei (zwei) Dukaten. Ein Trinkgeld für einen Kammerdiener. Für den Dichter ein neuer Grund zur Verbitterung und zum krankhaften Grübeln. Denn er war über seine Werke kein anderer geworden und seine elende soziale Lage tat ein übriges. Er hatte sein bestes gegeben und man ließ ihn hungern. Die Not zwang ihn, schlechte Novellen und Stizzen für konservative Winkeltblätter zu schreiben. Es gab kein Halten mehr, wohin er schaute, so heißt es in erschütternder Klage in seinem „letzten Lied“:

Kommt das Verderben mit entbundenen Wogen  
Auf alles, was besteht, herangezogen.

Er „legt die Leier aus den Händen“. Am 21. November, erst 35 Jahre alt, gab Kleist sich den Tod.

Die abgestorbene Leiche sieht im Sturm.  
Doch die gesunde stürzt er schmetternd nieder.

Weil er in ihre Krone greifen kann (Penthesilea).  
Nicht seine dichterische, aber seine Widerstandskraft war dahin. Oetlev v. Villencron, den man auch so, verhungern ließ (man lese seinen Roman „Mäcen“) giltiert einmal den Geist des Unglücklichen und lobet ihn ein, auf die Erde zu kommen, man wolle ihn feiern. Kleist aber wendet sich ab und zeigt auf ein kleines Loch in der Schläfe. Und Villencron begreift tief erschüttert:

Er möchte nicht zum zweitenmal verhungern  
In seinem Vaterlande!

Diese Tragödie des Hungers und seine genialen Werke sichern Kleist ein mitfühlendes Andenken auch in den Kreisen der Enterbten, in den Kreisen der Arbeiter, die seinen unbefrähkten Patriotismus nicht immer vergessen werden. Lindor.

Bewegung zuführt, sie zur Teilnahme an den Ver-

anstaltungen der Jugendauschüsse der organisierten

Wirkung, daß sie sich sowohl als möglich um die

Wenn der Lehrling beruflich etwas lernen will,

Es ist für die Gewerkschaften absolut nicht

Zur Ausbildung der Lehrlinge kann der gelernte

Der Jugend gehört die Zukunft, heißt es mit

Die Welt ist aus Drei und Aus geschaffen;

Deswegen haltet euch nicht wie Schrakaffen!  
Garte Wissen gibt es zu lauen:  
Wir müssen erwürgen oder sie verdauen.  
Goethe.

Winterarbeit.

Mürrisch präsentiert der graue Spätherbst-

Für große Schichten des Proletariats bedeutet

Neben den Veranstaltungen zu erster Unter-

Mit dieser sich aus den wirtschaftlichen und

Unter Würdigung dieser Tatsache müssen wir

Die Punkte „Entlasten der Beiträge“ und

„Verlesen des Protokolls“ sind als Tagesordnungs-

Mitgliedschaft kommen die letzteren übrigens wenig

Es erhellt aus diesen wenigen Zeilen, daß eine

Nun noch zum Punkt „Verschiedenes“ oder

In der vorgedachten Weise möge also versucht

Das Schicksal des Hausarbeiter-

Das Schicksal des Hausarbeiter-

Zunmer noch hat die Regierung keine zugräftige

Auf dem deutschen Heimarbeitertag

hat, den Verbündeten Regierungen aber viel an der Verabsicherung des Hausarbeitersgesetz liegt, machte sie dem Reichstag den Vermittlungsvorschlag, an Stelle der Lohnämter Sachausschüsse zu errichten. Ueber Zweck und Weisen der Sachausschüsse sind folgende Vorschläge entwickelt worden:

Der Bundesrat kann für bestimmte Gewerbe- zweige und Gebiete, in denen Hausarbeiter beschäftigt werden, die Errichtung von Sachausschüssen beschließen. Der Beschluß kann auch für bestimmte Teile des Reiches gefaßt werden. Die Sachausschüsse haben die Staats- und Gemeindebehörden durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Auf Ersuchen der Behörden haben sie bei Erhebung über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebranche in ihrem Betrieb mitzuwirken sowie Gutachten zu erstatten über die Ausführung gewisser Bestimmungen des Heimarbeitersgesetzes, über die in ihrem Bezirke für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Gewerbetreibenden und Hausarbeitern bestehende Verhältnisse u. a. Ferner sollen die Sachausschüsse Wünsche und Anträge, die sich auf die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebranche in ihrem Bezirke beziehen, beraten; sie sollen Anregungen zur Regelung der wirtschaftlichen Lage der Hausarbeiter geben, an der Verwaltung der betreffenden Einrichtungen teilnehmen, auf Ersuchen der Behörden in geeigneter Weise, insbesondere durch Vernehmung beteiligter Gewerbetreibender und Hausarbeiter sowie von Auskunftspersonen, die Höhe des von den Hausarbeitern tatsächlich erzielten Arbeitsverdienstes ermitteln, dessen Angemessenheit begutachten und auch sonst den Abschluß von Tarifverträgen vorbereiten und fördern. Angelegenheiten, die lediglich die Verhältnisse einzelner Betriebe betreffen, dürfen nicht in den Bereich der Tätigkeit der Sachausschüsse einbezogen werden. Die Ausschüsse bestehen aus der gleichen Zahl von Vertretern der beteiligten Gewerbetreibenden und Hausarbeiter sowie einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Der Vorsitzende und die Beisitzer müssen die erforderliche Sachkunde besitzen. Der Vorsitzende darf weder Gewerbetreibender noch Hausarbeiter sein. Sofern Hausarbeiterinnen in größerer Zahl beschäftigt werden, müssen sie auf Seiten der Hausarbeiter angemessen vertreten sein. Die Landeszentralbehörde bestimmt die Zahl der Vertreter. Sie ernannt den Vorsitzenden, die Beisitzer und je die Hälfte der Vertreter. Die andere Hälfte wird mit Stimmenmehrheit auf Seiten der Gewerbetreibenden und der Hausarbeiter je von den genannten Vertretern gewählt. Erstreckt sich der Bezirk eines Ausschusses über mehrere Bundesstaaten, so erfolgt die Ernennung nach Vereinbarung der beteiligten Landesregierungen. Weitere Bestimmungen erläßt der Bundesrat. Die Kosten tragen die betreffenden Bundesstaaten.

Sind schon die von der Regierung ernannten Vertreter eine sehr zweifelhafte Versicherung, so tritt die bedeutende Verschlechterung gegenüber den Lohnämtern noch deutlicher in Erscheinung, wenn man die den „Sachausschüssen“ zugeordneten Funktionen in Betracht zieht. Sie sollen nicht wie die Lohnämter Löhne festsetzen, sondern nur die tatsächlich erzielten Löhne ermitteln und begutachten und daneben den Abschluß von Tarifverträgen vorbereiten und fördern. Außerdem sind ihnen noch eine Reihe von Aufgaben zugeordnet, die man dahin zusammenfassen kann, daß sie der Regierung bei der Anstellung der so viel beliebten „Erwägungen“ helfen sollen. Bekanntlich werden von der Regierung die umfangreichsten und langwierigsten Erhebungen und Erwägungen in bezug auf die Dinge angeestellt, in denen sie nichts tun will. Dieser Wille zur Untätigkeit scheint auch im Hinblick auf die Ergreifung wirksamer Maßnahmen zum Schutze der Heimarbeiter bei ihr in reichlichem Maße vorhanden zu sein.

Obgleich die Vorschläge der Regierung ein vollständig ungenügender Ersatz der von allen ernstlichen Sozialpolitikern geforderten Lohnämtern sind, laufen die Unternehmer dagegen Sturm. So hat der Bund der Industriellen, welcher lediglich zwecks Stellungnahme zu den Sachausschüssen eine Besprechung der an der Heimarbeit beteiligten Industriellen sowie industriellen Verbände und Handelskammern für den 30. Oktober nach Berlin einberufen hatte, sich durch Annahme folgenden Beschlusses dagegen erklärt:

„Der Bund der Industriellen kann in der Errichtung von Sachausschüssen für die Heimindustrie mit den offiziös angegebenen Befugnissen nur einen Versuch sehen, den dem früheren Vorschlag von Lohnämtern zugrunde liegenden Gedanken in anderer, wenig abgemildeter Form zur Durchführung zu bringen, und erneuert gegen eine solche Absicht, die Produktionsverhältnisse in der Heimarbeit staatlich zu beeinflussen, seine wiederholt eingehend begründeten grundsätzlichen Bedenken. An den Einzelheiten

des Vorschlages hat der Bund der Industriellen u. a. zu beanstanden, daß die Sachausschüsse lediglich auf Reichsland des Bundesrates und nicht mit Zustimmung der Landesregierung gebildet werden sollen, und daß eine Bestimmung über die Nichtöffentlichkeit der Verhandlungen fehlt. Er fordert weiter, daß die Beschlüsse an die Voraussetzung gebunden sind, daß von dem dem Ausschuss angehörenden Vertretern der Arbeitgeber die Hälfte dafür ist.“

Der Zentralausschuss Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine hat die Reichstagsfraktionen gebeten, die Sachausschüsse ebenso wie die Lohnämter abzulehnen, im Falle jedoch eine der beiden Institutionen nach dem Willen des Reichstages geschaffen werden soll, den Sachausschüssen den Vorzug zu geben. In diesem Falle stellt der Zentralausschuss folgende vier Anträge: 1. die Sachausschüsse in den einzelnen Gewerbebranchen nicht auf bestimmte Gebiete zu beschränken, sondern auf das ganze Reichsgebiet zu erstrecken, 2. unter den vorgezeichneten Kompetenzen der Sachausschüsse die Vorbereitung und Förderung von Tarifverträgen zu reichen oder aber sie nur für solche Branchen wirksam werden zu lassen, in denen die Mitarbeit der Arbeitsverhältnisse und die Einseitigkeit der Arbeitsverhältnisse den Abschluß eines Tarifvertrages technisch ermöglichen, 3. hinsichtlich der Auswahl der Mitglieder der Sachausschüsse Vorsorge dafür zu treffen, daß vorher die Branchenverbände befragt werden bzw. daß ihnen Gelegenheit zur Äußerung gegeben wird, damit die notwendige Berücksichtigung der Branchenpezialitäten gewährleistet wird, 4. bezüglich der Bestimmungen eine Bestimmung aufzunehmen, derzufolge Anträge als gefallen zu gelten haben, wenn Unternehmer und Arbeitervertreter sich geschlossen gegenüberstellen.

Der „Confessionair“, eines der weitverbreitetsten Unternehmerblätter, meint zu den „Vorschlägen“, daß auch dieses neue farblose Gebilde keine Mehrheit im Reichstage finden und zusammen mit dem ganzen Hausarbeitsgesetz in der Versenkung verschwinden würde.“

Durch das Hausarbeitsgesetz sollen die Heimarbeiter unter Strafandrohung gezwungen werden, ihre Arbeitsräume sanitären Anforderungen entsprechend einzurichten. Was in der Beziehung gefordert wird, ist keineswegs zuviel, aber bei der miserablen Entlohnung bedeutet die Vorschriften eine neue Belastung des Heimarbeiters. Er wird bestraft werden, weil sein Einkommen zu gering ist, um die an sich gewiß notwendigen, aber für seine Verhältnisse äußerst kostspieligen Änderungen vorzunehmen. Auf das Hausarbeitsgesetz in der Fassung, die es in der Kommission erhalten hat, beziehungsweise in der es die Regierung nach den oben zitierten Nachrichten verabschiedet wissen will, läßt sich das bekannte Wort mit Recht anwenden: „Verunnt wird Unfuss, Wohltat Plage.“

Was im Interesse der Heimarbeiter in allererster Linie verlangt werden muß, sind höhere Löhne. Diese müssen ihnen zunächst durch die Gesetzgebung gesichert werden und ein Weg dazu sind die Lohnämter. Haben die Heimarbeiter mittels dieser Einrichtung ihre Lebenshaltung einigermaßen gesteigert, dann erst ist für sie die Voraussetzung gegeben, wie die übrige Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen zu führen.

Für einen nicht unerheblichen Teil der Heimarbeiter haben die Gewerkschaften — nicht zu guter Letzt der Verband der Sattler und Portefeuller — durch ihre Tarifvertragspolitik schon bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen und vertraglich festgelegt. Damit haben sie aber auch gezeigt, daß das, was den Lohnämtern zugeordnet ist, die Festsetzung von Minimallohnen, sehr wohl möglich ist. Die Lohnämter aber sollten den Gewerkschaften helfen, auch für jene Heimarbeiter, die den Weg der Selbsthilfe noch nicht gefunden haben, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen und sie vor übermäßiger Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu schützen. Ohne die Lohnämter ist das ganze Hausarbeitsgesetz wertlos, und wenn diese nicht zu erreichen sind, ist es besser, das Gesetz kommt jetzt nicht zustande und die Regelung der Materie bleibt dem neuen Reichstag vorbehalten, der hoffentlich den Bedürfnissen der Arbeiter ein größeres Verständnis entgegenbringt.

Die Sozialisten sind zwar äußerlich Heiden, sie sind jedoch innerlich von dem Geiste des Christentums befeelt, nämlich von Gerechtigkeit und Mitleid. Gerechtigkeit gegen die, welche am meisten und schwersten arbeiten und ohne Blumen und Lorbeeren; dazu den geringsten wirklichen Lohn und die geringste Achtung. Soll man diesen Menschen Resignation predigen und selbst von allem Guten des Lebens gnießen? . . .

August Strindberg (Schwedens größter Dichter).

### Aufgaben der Gewerkschaften.

Durch ihre Gewerkschaften lernen die Arbeiter, in planmäßiger, zielbewusster Weise Solidarität üben, vorausgesetzt, daß sie mit Kopf und Herz bei der Sache sind, schreibt Robert Steiner. Die Soldaten unter den Gewerkschaftlern, deren es leider noch viele gibt, lernen auch in ihren Organisationen nichts. Sie bleiben dieselben kurzschäftigen, beherrichten Epochen, die sie immer gemein sind, und freuen sich in ihrer Verblendung hämisch, wenn irgendein Unternehmen ihrer lastkräftigen, intelligenten Kameraden schief geht.

Wären alle Gewerkschaften durchdrungen von dem Gefühl der Interessengemeinschaft, das ihnen doch ganz natürlich sein sollte, so wäre die Gewerkschaftsbewegung heute einer der einflussreichsten Wirtschaftsfaktoren unseres Gesellschaftslebens, und selbst die kapitalistischen Politiker würden sich hüten, mit der arbeitenden Klasse Schindluder zu treiben.

Die Arbeiter wissen gar nicht, welche Fülle von Macht sie für ihre Interessen in die Waagschale werfen könnten, wenn sie nur gegen sich selber und ihre Sache ehtlich wären, wenn sie ihren Verstand vollständig gebrauchten, und wenn sie in der Wahrung ihrer eigenen gemeinsamen Angelegenheiten so viel moralischen Mut an den Tag legten, wie sie im allgemeinen physischen Mut besitzen.

Das Gefühl der Gleichberechtigung mit allen anderen Menschen löst sie gewöhnlich dann häufig im Stiche, wenn es gilt, es gegenüber einem prägnanten Geldsack zum Ausdruck zu bringen.

Das allerdummste aber ist, daß so viele von ihnen an einer geistigen Kette liegen, die sie verhindert, an die Quellen zu gelangen, aus denen die Zukunft gesunde Nahrung schöpft. Solange es für einen Menschen verboten Früchte der Erkenntnis gibt, die zu kosten er sich fürchtet, kann er nicht zu einem richtigen Verständnis der Welt gelangen, in der er lebt, in der er sein Glück oder Unglück findet. Und wer die Welt nicht kennt, in der er lebt, wer die Zusammenhänge der sozialen Erscheinungen nicht begreift, mit denen seine eigenen Geschichte tausendfältig verbunden und verwoben sind, kann auch nicht sachverständig, zielbewußt und mit Sicherheit und Selbstvertrauen handeln.

Die Gewerkschaftsbewegung hat außer ihren ökonomischen Funktionen auch eine pädagogische Aufgabe zu erfüllen: Die Arbeiter zum intellektuellen Selbstbewußtsein und zum sozialen Klassenbewußtsein zu erziehen. Sie zu erziehen zu der Gewohnheit, sich über die Erscheinungen unseres Gesellschaftslebens eigene Urteile zu bilden und ihnen mutig zu vertrauen.

Die stärkste Macht der Welt ist die Intelligenz, und im Grunde mit dem starken Arm, der das ökonomische Getriebe der Gesellschaft im Gange hält, ist sie unbesiegtbar.

### Die vierte Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Portefeuller- und Reisartikellgewerbe

beschäftigte sich am 6. November 1911 einzig und allein mit der Frage, ob die Firma A. Schwabe gegen den Tarif verstoßen hat, als sie trotz der klaren Verbotsbestimmung im Tarifvertrag und trotz zweimaliger schriftlicher Verwarnung Paspeltaschen außer dem Hause weiter anfertigen ließ. Das Urteil, wonach die Firma 150 Mk. Strafe zu zahlen hat, konnten wir schon im letzten Bericht kurz melden, auch ist der Sachverhalt aus den Vorverhandlungen zur Genüge bekannt, so daß wir darauf nicht mehr näher eingehen brauchen. Doch die schriftliche Begründung des Urteils wollen wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten, in der Hoffnung, sie möge als ein warnendes Exempel dienen. Vermerkt sei noch, daß die Firma den Einwand machte, sie hätte von dem Vertreter der Arbeitnehmerorganisation die Erlaubnis erhalten, Paspeltaschen außer dem Hause anzufertigen zu lassen, und daher ein Tarifverstoß nicht vorliegt. Der so Beschuldigte verwahrte sich im Gefühl seiner Unschuld ganz energisch gegen solche Tarifbruchsvorkubleistung. Es ist erfreulich, daß die Schlichtungskommission auf diesen Einwand keine Rücksicht genommen hat und in der Urteilsbegründung ausdrücklich bemerkt, daß einzig und allein der Tarifvertrag maßgebend sei und es nicht zugelassen werden darf, wenn ein Organisationsvertreter Vereinbarungen gut heißt, die gegen den Vertrag verstoßen.

Die Urteilsbegründung hat folgenden Wortlaut:

## Gründe:

Nach § 6 Nr. 5 des Tarifvertrages sind sämtliche kleinen Taschen, die gepupelt werden, nur in den eigenen Betriebsverhältnissen des betreffenden Arbeitgebers herzustellen. Auf Antrag des klägerischen Verbandes wurde deshalb am 21. September d. J. durch einstimmigen Beschluß von der Schlichtungskommission festgesetzt, daß die Firma A. Schwaibe Kaspeltafchen nicht außer dem Hause geben darf, und daß die genannte Firma bei Zuwiderhandlung gegen den § 6 Ziff. 5 des Tarifvertrages sich eines Tarifbruches schuldig macht. Nachdem wurde am 1. Oktober 1911 von der Schlichtungskommission weiter beschlossen, daß der Beklagten nach dem genannten Paragraphen des Tarifvertrages es nur gestattet ist, in ihrer eigenen Betriebsverhältnisse Kaspeltafchen arbeiten zu lassen. Die Beklagte wurde in diesem Beschlusse ferner ausdrücklich darauf hingewiesen, daß jede Zuwiderhandlung gegen den Beschluß als Tarifbruch anzusehen ist, und daß nach § 9 Ziff. 3 des Tarifvertrages derartige Übertretungen des Vertrages mit angemessener Geldstrafe geahndet werden können.

Eingekundenermaßen ist der Beschluß vom 4. Oktober 1911 der Beklagten am 7. Oktober 1911 zugestellt worden. Besagter hat sie in der letzten Woche des Oktober 16 Duzend Kaspeltafchen in Seimarbeit gegeben. Beklagte behauptet allerdings, daß Anfang Oktober 1911 es ihr vom Obmann der Arbeiterorganisation gestattet worden sei, einen bestimmten Seimarbeiter in Kaspeltafchen weiter zu beschäftigen. Nur deshalb seien diesem Seimarbeiter trotz des Beschlusses die vorerwähnten 16 Duzend Kaspeltafchen in Arbeit gegeben worden. Arbeiterseite wurde demgegenüber auf das entschiedene bestritten, daß eine derartige Erlaubnis erteilt worden wäre.

Es kann ganz dahingestellt bleiben, ob wirklich eine derartige Erlaubnis gegeben worden ist. Sie würde eine ungültige sein, da sie gegen § 6 Ziff. 5 des Tarifvertrages verstößt. Besonders kommt aber in Betracht, daß in dem Beschlusse vom 4. Oktober Beklagte nicht bloß auf § 6 Ziff. 5, sondern auch auf den mehrerwähnten § 9 Ziff. 3, hingewiesen worden ist. Bei dieser ganzen Sachlage war auf eine Geldstrafe zu erkennen. Unter Berücksichtigung der infolge des zur Verhandlung stehenden Falles entfallenden Kosten und in Anbetracht dessen, daß die Firma den warnenden Beschluß vom 4. Oktober unbeachtet gelassen hat, war eine Geldstrafe von 150 Mk. als angemessen zu erachten. Nach § 9 Ziff. 3 sind je 75 Mk. an die Arbeitgeber- und Arbeiterorganisation abzuführen.

Berlin, den 6. November 1911.

(gez.) v. Schulz, (gez.) J. Wirt, (gez.) A. Knappe, (gez.) Fritz Voh, (gez.) Hans Schmidt.

Dieses Urteil bietet uns Gelegenheit, einmal zu der Tariffreue der Unternehmer einige kritische Bemerkungen zu machen.

Es ist gewiß eine der unerfreulichsten Erscheinungen einer Tarifgemeinschaft und eine der unangenehmsten Aufgaben des Schiedsgerichts, wenn eine der kontrahierenden Parteien wegen Tarifverstoße zu Geldstrafen verurteilt werden muß. Wir können es daher der Schlichtungskommission nachempfinden, wenn sie, trotz der von den Organisationsvertretern gemachten Abstellungsveruche, die verlegende Partei nochmals zur Tarifeinhaltung ermahnt und Warnungsbeschlüsse herbeiführt, in der bestimmten Erwartung, daß Warnung und Mahnung beachtet werden, ehe eine Verurteilung erfolgt. Wird nun, wie in diesem Falle, der Vertrag rücksichtslos beiseite geschoben, dann ist es der geduldeten Schlichtungskommission nicht zu verargen, wenn sie durch Anwendung des ihr zustehenden Rechts sich den schuldigen Restpost verschafft.

Wir müssen gestehen, auch uns sind, schon allein im Interesse des in der Entwicklung begriffenen Tarifwesens, solche Urteile äußerst unpopulär, und es ist unser sehnlichster Wunsch, die Unternehmer würden ihr tarifliches Verhalten so einrichten, daß keine Veranlassung zu irgendeiner Klageerhebung vorliegt. Doch die mehr als sechsjährige Erfahrung in bezug auf die Tariffreue der Unternehmer zerstört jeden Optimismus. Bei dem Bestreben

eines erheblichen Teiles der Unternehmerschaft, diesen des Vertrages ausfindig zu machen, durch sophistische Klugeleien und talmudistische Auslegungskünste dem klaren Wortlaut einen anderen Sinn zu unterlegen, oder gar in rabulistischer Weise den Vertrag zu umgehen, nur um (unehrlichen) Mehrprofit zu erzielen, verprechen wir uns auch von der Verhängung von Geldstrafen keinen durchgreifenden Erfolg. Es wird noch eine große Erziehungsarbeit geleistet werden müssen, bis das volle Verständnis für Tarifeinhaltung Gemeingut aller derer wird, die sich durch Unterschrift dazu verpflichtet haben.

Der Zeitung der Fabrikantenvereinigung empfehlen wir, auf ihre Mitglieder einzuwirken, daß sie den Vertrag besser als bisher einhalten. Mit einigem Erfolge ist das bereits vor drei Jahren in Offenbach geschehen und wäre eine Wiederholung zeitgemäß und angebracht.

Würden alle erweisbaren und erwiesenen Tarifverstoße vor das Forum der Schlichtungskommission gebracht werden, so müßte sie sich in Permanenz erklären.

Auf jeden Fall müßten die kontrahierenden Unternehmer es unter ihrer Würde halten, die von ihnen oder in ihrem Betriebe begangenen Tarifverletzungen damit zu entschuldigen, daß bei anderen Fabrikanten noch mehr gesündigt wird. Weder die Schlichtungskommission noch die Arbeiterorganisation zweifeln, daß es mit der Tariffreue der Unternehmer sehr, sehr schlecht bestellt ist. Es bedarf daher durchaus seiner Bestätigung von dieser Seite. Klage jeder vor seiner Tür kehren.

Völlig unangebracht ist es, wenn ein Vorstandmitglied der Unternehmervereinigung sich herbeiläßt, klar zutage liegende Tarifverstoße zu entschuldigen, zu beschönigen oder gar abzuschreiten. Völlige Objektivität ehrt nicht nur den Klagevertreter, sondern stärkt das Ansehen der von ihm vertretenen Organisation. Aber nicht nur für die Fabrikanten können Rechte und Pflichten aus dem Vertrage hergeleitet werden, die Arbeiter unterliegen denselben Gesetzen. Sie haben die Pflicht, während der tariflich festgelegten Arbeitszeit ihre Arbeitsleistung ordnungsgemäß zu gestalten, womit sie sich das Anrecht auf alle Vergünstigungen des Vertrages erworben haben und die sie zu hüten strengstens verpflichtet sind.

Unternehmer, die dieses Recht beschneiden, machen sich des Tarifbruches schuldig. Nun soll aber nicht wegen jeder Übertretung sofort zum Rabi gelaufen werden, sondern die Arbeiter sind es ihrer Selbstachtung und der Organisation gegenüber schuldig, wenn sie jeden Tarifverstoß selbst oder durch den Ausschuß (Werkstattkommission) sofort dem Unternehmer oder seinem Stellvertreter melden. Zeitigt dieses Vorgehen keinen Erfolg, erst dann ist die Organisationsleitung in Kenntnis zu setzen, welche dann nach den in den Satzungen festgelegten Richtlinien handeln wird.

Sollen wir, daß diese Zeilen beachtet werden, damit die Schlichtungskommission niemals mehr Ursache hat, Geldstrafen wegen Tarifbruch auszusprechen.

### Erste Sitzung der Schlichtungskommission für das Portefeuller- und Reisartikeltgewerbe in Offenbach a. M.

Am 30. Oktober d. J. fand die erste Sitzung der Schlichtungskommission unter dem neuen Vertragsverhältnis im Gebäude der Großherzoglich. Handelskammer statt. Die Besetzung war folgende: Als Arbeitgebervertreter fungierten die Herren Hartmann und Kläger, als Arbeitnehmer der Portefeuller Jean Buch und der Sattler Georg Jung. Als Vertreter der Anlage waren die Kollegen Wurm und Höf, von der Fabrikantenvereinigung Herr Handelskammerpräsident Dr. J. Cray erschienen. Den Vorsitz führte Herr Regierungsdirektor Dr. Schneider, welcher dieses Amt auch für das neue Vertragsverhältnis wieder in dankenswerter Weise übernommen hat. Zur Verhandlung standen 6 Klagen gegen 5 Fabrikanten, wovon die eine nach den neuen Bestimmungen des alten Vertrages zu erledigen ist.

Leider mußte diese schon unliebsam verzögerte Klage wegen Fernbleibens des Beklagten nochmals zur nächsten Sitzung verlagert werden. Sollte der Fabrikant zu diesem Termine wieder nicht erscheinen, so wird Verfallsurteil ergehen. Vor Eintritt in die Verhandlung erledigte sich die Klage gegen die Firma Emil Förder wegen einseitiger Affordpreisfestsetzung und Nichtzahlung der Zuschläge für einzelne Sachen. Die Firma hatte es vorgezogen, sich mit ihren Arbeitern über die übrigen Punkte zu verständigen.

Zur Verhandlung kam dann die Klage gegen die Firma Ernst Kuppenheim. Die Tarifverträge bestanden in durchaus einseitiger Preisfestsetzung durch die Firma bezw. deren Personal, in der Zahlung sehr verschiedener Affordpreise für einen und denselben Artikel, zum Teil sogar an denselben Arbeiter usw. Auch mußten die Arbeiter oft längere Zeit auf Zuschnitt warten, ohne daß dafür eine Entschädigung gezahlt wurde, ebenso war das Lohnbuch nicht in Ordnung, insbesondere waren nicht alle Nummern eingetragen. Die vor Einreichung der Klage von der Verhandlung angehaltenen Vermittlungsversuche hatten infolgedessen einen negativen Erfolg, daß die Regelung der Differenzen wohl versprochen wurde, tatsächlich aber nicht erfolgte. Zwecks Beweisführung der tarifswidrigen Handlungen war die Firma gehalten, das Lohnbuch (Lohnarif) vorzulegen und außerdem waren 6 Zeugen geladen. Die Firma versuchte natürlich, die Anlage zu entkräften, indem sie die tarifswidrigen Zustände entschieden bestritt und nur einige unverschleierte Irrtümer angeblich will. Durch Zeugen wurde jedoch der Wahrheitsbeweis im Sinne der Anlage erbracht, wie auch das mitgebrachte Lohnbuch von der Schlichtungskommission als nicht korrekt bezeichnet werden mußte. Selbst der von der Firma als Entlastungszeuge herangezogene Werkführer Koller mußte zugeben, daß bei der Festsetzung der Affordpreise die Werkstattkommission nicht mitgewirkt hat. Schließlich verurteilte sich Herr Kuppenheim damit herauszureden, daß er andere Fabrikanten beschuldigt, noch mehr als er gegen den Vertrag zu verstößen. Er könne deren eine ganze Reihe aufzählen und man solle diese erst vor das Forum der Schlichtungskommission ziehen resp. verurteilen. Damit hatte er nun allerdings wenig Glück, denn selbst der Vorsitzende seiner Vereinigung, Herr Dr. Cray, sah sich dadurch veranlaßt, ihm mitzuteilen, daß jeder für seine eigenen Tariffünden verantwortlich sein müsse und sich Herr Kuppenheim nicht dadurch Vorgesprochen holen könne, wenn er die Sünden seiner Kollegen beichte. Die Schlichtungskommission war sich denn auch darüber einig, daß nach den durch Zeugenangaben erhärteten Feststellungen von mißtraulicher Vertragseinhaltung selber durchaus nicht gesprochen werden konnte und verpflichtet die Firma unter Androhung einer Konventionalstrafe von 50 Mark bis zum 1. Dezember d. J. vollständig vertragsmäßige Zustände herzustellen.

Im Zusammenhange mit dieser Angelegenheit steht auch die Wahrung des Vertrauensmannes, die ebenfalls zur Beurteilung der Schlichtungskommission vorliegt. Hierzu kommt folgender Vergleich zustande: Die Firma E. Kuppenheim zahlt an den Arbeiter als Abfindung 50 Mk., wogegen der Arbeiter ohne weitere Ansprüche austritt.

Die zweite zur Verhandlung stehende Klage richtete sich gegen die Firma B. Rosenthal. Die ebenfalls einseitiger Preisfestsetzung beschuldigt wird, sowie der Nichtzahlung der vertraglichen Zuschläge für einzelne Sachen. Die Firma war durch ihren Werkführer vertreten, hatte aber außerdem schon vorher dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission brieflich mitgeteilt, sie habe sich mit ihren Arbeitern verständigt und sei nun alles tariflich geregelt. Die auch in dieser Sache geladenen 7 Zeugen geben das zum Teil zu, doch bleibt noch ein Zweifel darüber bestehen, ob die in der Klage angeführten Punkte restlos die tarifliche Regelung gefunden haben. Da die Zeit jedoch fast vorgerückt ist, wird diese sowie die noch übrigen Klagen auf Montag, den 13. November d. J., verlagert. Wird bis zu diesem Termin festgestellt, daß die Firma Rosenthal den Vertrag vollständig einhält, so wird diese Klage von der Arbeiterorganisation fallen gelassen.

E. D.

### Aus unserem Beruf.

Die Arbeitslosigkeit der Sattler und Portefeuller im Oktober. Unser Verband zählte am 28. Oktober d. J. in 114 Verwaltungsstellen 12537 monatlich und 1196 weibliche Mitglieder, von denen 204 bezw. 20 am Orte arbeitslos und 22 auf der Reise gemeldet waren. Folgende 13 Verwaltungsstellen mit 1085 Mitgliedern haben eine Berichtstarke nicht eingeführt: Obersthausen, Lämmerspiel, Jügesheim, Kranfurt a. Main, Flauen, Duffau, Apolda, Kassel, Königshütte, Glogau, Breslau, Stettin und Königsberg.

**Aus Industrie und Handel.**

**Eine Lederwarenfabrik in China.** Aus Schanghai wird von dem dortigen H. und K. Generalkonsulat berichtet: Eine von den Industriellen, die sich in einem allmählichen aber sicheren Aufsteigen befinden, ist die Lederindustrie. In Schanghai gibt es dafür ein glänzendes Beispiel. Es ist die Ku-hue-Lederwarenfabrik mit den namhaften Erfolgen, die sie in den letzten Jahren aufzuweisen hat. Unter der Leitung des Präfecten von Huh-po produziert sie Waren, die den europäischen Erzeugnissen vollkommen gleich stehen, die aber den großen Vorsprung haben, daß sie 30 bis 40 Prozent billiger sind. Während seines letzten Aufenthaltes in Schanghai ließ Vizekönig Tuan-sang in der Fabrik mehrere Arten Lederstoff und Lederarbeiten anfertigen. Nachdem er sich von der Güte der gefertigten Waren überzeugt hatte, bestimmte er, daß die Division in Kiangsi ihren Bedarf nunmehr stets aus dieser Fabrik beziehen solle. Ebenso beauftragte er die Gouverneure und kommandierenden Generale in Kiangsi, Anhui, Kiangsi und Kiangpe, in analoger Weise vorzugehen.

**Vom Lederhandel.** Auf dem Sattlerledermarkt sind die Umsätze allgemein befriedigende, allerdings bewegen sich die einzelnen Verkäufe meist auch nur in verhältnismäßig engen Grenzen. In Geschirrlledern kam es hauptsächlich in schwarzer Ware zu Verkäufen. Farbige Säden sind nicht so begehrte. Daselbe gilt auch von Kissenledern. Wagenbauerleder brachten es auch nicht zu nemenswerten Transaktionen. In Maschinenriemenleder ist die Nachfrage zwar nicht mehr so lebhaft, immerhin besteht dafür noch ganz gut's Interesse; bevorzugt sind starke Sortimente. In Kautschukleder hat das Geschäft größere Anforderungen auch nicht erfüllt. In Fettsäureledern dagegen besteht ziemlich schlanker Verkauf. In Portefeuilienledern ist der Abatz durchaus regulär.

**Korrespondenzen.**

**Rüthen.** (E. 8. 11.) Seit Besitze unserer Verwaltungsstelle fand am 4. November unsere fünfte gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Zielsetzung zur Wahl des Altgefellens genommen wurde, weil der bisherige Inhaber dieses Postens ein Meisterjohn ist. Die Jüngung hat es abgelehnt, einen anderen Altgefellens wählen zu lassen. Leider kann nichts dagegen gemacht werden, weil die Zahl der ortsansässigen und bei Innungsmeistern beschäftigten Kollegen sehr gering ist. Im Bericht des Kartellbelegierten wurde die unentgeltliche Teilnahme am Kursus des Arbeiterphotographenbundes empfohlen. Dann kamen die leuzigen Arbeitsverhältnisse bei den Kleinmeistern zur Sprache. Das Trauiviege aber ist, daß die Kollegen unmorgener sind und sich nicht dagegen wehren, wenn sie auch Sonntag früh von 1/2 Uhr ab arbeiten müssen. Zum Schlusse machte der Vorsitzende noch auf die Bibliothek und auf das Abonnement der „Volkszeitung“ aufmerksam.

**Breslau.** (E. 10. 11.) Am 4. November referierte unser Revollmächtigter über die auf gewerkschaftlich-gesellschaftlicher Grundlage geplante Volksversicherung. Er fand mit seinen Ausführungen vollste Zustimmung bei den Anwesenden. Zu der am 21. November stattfindenden Vorstandswahl der Ortskrankenkasse sollen baldigst Vorschläge gemacht werden.

**Hannover.** (E. 13. 11.) In der Versammlung am 3. November referierte Genosse Lau über den Einfluß der Gesetzgebung auf die Gewerkschaften. Von den Organisationen des Mittelalters ausgehend, schilderte er die Entwicklungen der Gewerkschaften bis auf den heutigen Tag, ihre Kämpfe und ihre Bekämpfung durch Unternehmer und Regierung. Schon der Entwurf zum Strafvollzugsgesetz muß für jeden Gewerkschaftler Anlaß sein, sich an den bevorstehenden Kämpfen aktiv zu beteiligen. — Das Stützungsfest ergab eine Einnahme von 155,60 Mk., eine Ausgabe von 112,95 Mk. Der Kollege Beer stellte den Antrag, die Hälfte des Ueberflusses, also 21,30 Mk., zu einem gemüthlichen Abend der Verbandmitglieder zu verwenden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. (Anmerkung des Redakteurs: Da hört sich doch alles und verschiedenes an! Wir meinen, auch Ueberflüsse eines Vergnügens können zu Besserm als zu einem Bierabend in der Herrenhäuser Brauerei verwendet werden. Für den Betrag lasse sich ganz gut Agitation betreiben, oder wenn diese in Hannover nicht mehr nötig, konnte das Geld den kämpfenden ausgepörrten Tabakarbeitern überwiesen werden. Wir bedauern, daß das vorzügliche Material so wenig nachhall gefunden hat. Die Versammlungsschwärzer sind allein schuld an derartigen Beschlüssen, die unmöglich sind, wenn alle Kollegen die Versammlung besuchen. Öffentlich wird obiger Beschluß dazu beitragen, daß die Mitglieder sich mehr als bisher um das Kammern, was vorgeht und solche Anträge in die Reich der Habel verweisen, aber niemals annehmen.)

**Berlin.** (E. 13. 11.) Die Militärattler nahmen in einer am 1. November abgehaltenen gut besuchten Mitgliederversammlung Stellung zu der Antwort der Fabrikanten auf den eingereichten Tarifvertragsentwurf. Das Angebot der Herren Arbeitgeber, den bestehenden Vertrag auf zwei Jahre zu verlängern, wurde einstimmig abgelehnt und die Anerkennung der eingereichten Forderungen verlangt.

**Aus anderen Organisationen.**

Der Verein der Ledergalanteriearbeiter in Wien zählt 530 männliche und 41 weibliche Mitglieder. — Der Verband der Porzellanarbeiter hat im letzten Quartal 1864 Mitglieder aufgenommen. Er zählt insgesamt 15.831 Mitglieder. — Am 30. Juni zählte der Friseur- und Friseurlehrlingeverband 178.977 Mitglieder. Sein Vermögen betrug 682.637 Mk.

In der Glaceliederindustrie wird ein Meistertarif angestrebt. Zu diesem Zweck werden jetzt Verhandlungen zwischen der Vereinigung Berliner Glaceliederfabrikanten und den im Lederarbeiterverband organisierten Weißgerbern gepflogen, die bis anfangs Dezember beendigt sein sollen. Dann wird eine Konferenz einberufen, in der das Ergebnis der Beratungen zu positiven Vorschlägen verhandelt werden soll. — Die Unternehmer der westfälisch-lippischen Tabakindustrie haben die gemachten Einigungsvorschläge abgelehnt, was beweist, daß der Kampf gegen die Tabakarbeiterorganisation in rücksichtsloser Weise fortgeführt werden soll. Mehr als 13.000 Tabakarbeiter, darunter über 5000 Arbeiterinnen, sind ausgepörrt, sie sind genötigt, unter schweren Opfern um ihre Existenz zu kämpfen. Die Unterstützung durch die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands ist deshalb besonders erforderlich! — Die Schweger Lederfabrikanten nötigen die Lederarbeiter, das ihnen gesetzlich zustehende Koalitionsrecht aufzugeben. Es findet sich natürlich kein Staatsanwalt als Kläger.

**Rundschau.**

**Aus dem Reichstag.** Im Sommer 1910 hatte die „Post“ geschrieben, sie erwarte von dem neuen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Aiderlen-Waechter, daß er innerhalb Jahresfrist bemesse, „was er könne“. Was die Dürnmänner der „Post“ von dem schwäbischen Mann mit der gelben Weste und der großen Hornbrille erwarteten, wurde schließlich ganz offen ausgesprochen: eine gute Wahlparole! Wenn der Minister des Auswärtigen für eine gute Wahlparole sorgen soll, dann weiß man, woran man ist. Herr Aiderlen sollte den Blick des Volkes von den Hüften im Innern ablenken durch große nationale Taten im Aeußeren. Er sollte wieder einen nationalen Anmel in Szene setzen, wie ihn die Bülow und Bernburg im Winter von 1906 auf 1907 arrangiert hatten.

Das Jahr war nahezu gänzlich abgelaufen, da dampfte der „Panther“ nach Agadir, um den Franzosen mit der verächtlichen eisengepanzerten Haut vor der Nase herumzuschaufeln. Die Franzosen ließen sich nicht verblüffen; sie behaupten das auch nicht, denn die Engländer ließen unsere politischen Tag- und Nachtwächter, unsere Aiderlen, Bethmannern usw. wissen, daß sie auf französischer Seite sind. Da nun auf der einen Seite des Kanals die Franzosen, auf der anderen die Engländer sitzen, so kam es den Bethmännern wohl allmählich zum Bewußtsein, daß sie im Ernstfalle ein weiteres Schiff kaum noch durch den Kanal würden bringen können. Dann ging das Handeln mit den Franzosen an. Monatelang hat es gedauert. Und die Köpfer Deutschlands und Frankreichs hatten keine Ahnung, ob die Herren Aiderlen und Gambon in verschloffenen Zimmern zu einem friedlichen Ergebnis kommen oder aber wirklich die Kanonen würden donnern lassen. Wie die Sammelherden werden von den „Obere“ noch bis auf den heutigen Tag die Köpfer behandelt. — Endlich war der marokkanisch-französisch-preussische Kuhhandel perfekt. Wir haben in Marokko politisch nichts zu melden, dürfen aber ungeniert Handel treiben. Das war uns vorher auch schon zugesichert worden. Aber eine neue Erzeugenschaft haben wir trotzdem zu suchen: wir müssen ein großes Stück vom französischen Kongo übernehmen. Einer der französischen Kolonialschriftsteller schreibt von diesem Lande: Ich habe die Hölle auf Erden gesehen! Zu den interessantesten Lebewesen im neudiscoverten Kongo gehört ein Insekt, dessen Stich die furchtbare Schlafkrankheit hervorruft. Anstatt die preussischen Junker los zu werden, kriegen wir also noch die Pestflecken dazu. — Im Reichstage ist 3 Tage lang über das Ergebnis der bethmännischen Schwadmeierei des Herrn Aiderlen geredet und gelangweilt worden. Dabei haben die Redner der Nationalliberalen und Konservativen unter der lebhaften Zustimmung des preussisch-deutschen Kronprinzen so aufdringlich die nationale Trommel gerührt, daß schließlich dem lau-

gen Stanzler doch eine Pause über die Leber lief. Herr Bethmann nahm den Junker v. Heubrand bei dem Strawwickel, zante ihn wie einen bisigen Kot, der einen preussischen Leutnant in die watterten Waden geblissen hat und freibleibe ihn jura-fückerlich an: Tu Du verflüchter Heubrand! Du Malefizirge, Tu sprichst von nationalen Interessen? Dabei denkst Du doch bloß an die Wahlen! Magst Du vor der Abrechnung des Volkes, dem Du den Proffork höher gehängt und dafür als „Unschädigung“ immer wieder neue Steuern aufgeschüttelt hast. Ei, Dich soll doch gleich das Mäuse beissen! Zwaz Kriegen die um Heubrand ob dieser Demasierung des Heulen und Zähneklappern, aber dem Bethmann kam wohl inzwischen auch zum Bewußtsein, daß er doch die ganze Heubrandelei mitgemacht hatte. Und nun wurden seine langen Beine zu Korkziehern. Dadurch wurde Bethmann nicht schöner, aber er nützte die Situation aus: er drehte sich auf dem höffischen Parkett bis an die Aue ein und wurzelt nun mit seinen Korkzieherbeinen vorläufig fest — trotz der Junferfeindschaft, die ihn in absehbarer Zeit nach Höhenwind in die Verbannung schieben wird. — Die Situation war im allgemeinen monatelang bitterer als für unser Volk, daß es kaum angebracht erdient, zu spotten. Aber man muß die Affentomödie im Reichstage mit angesehen haben, dann wird man verstehen, wie schwer es ist, keine Satire zu schreiben. Treifliche Worte sprachen die Waga, Webel, Frank und Rißher. Und als speziell der Vorkannte den sozusagen fortschrittlichen Wga, Ruggan, der den Reichstag mit einem Porzellanladen zu verwechseln schien, in liebevolle Behandlung nahm und den Schmerzberger Erzberger, den Webel schon sanft gestreichelt hatte, züchtigte, da war uns ebenso wohl zumute, wie in dem Augenblick, da der Stanzler des Reiches die „nationalen“ Kriegstrompeter als Heuschler entlarvte, die sich in den nationalen Kragenmantel gehüllt hatten, um Wahlschäfte zu machen. — Zunächst ist der zu Papier gebrachte Marokkorummel an eine Kommission verwiesen worden. Wir empfehlen die Lesüre der Tagespresse, die dauernd auf dem laufenden hält.

**Friedensdemonstration.** Das internationale Sozialistenbureau wandte sich mit einem Aufruf an alle Arbeiter, gegen den italienischen Raubzug zu protestieren und für den Frieden zu demonstrieren. In den meisten Städten fanden bereits am 5. November überfüllte Versammlungen statt, in denen auch ausländische Arbeiterführer Ansprachen hielten. Wegen der Strohbrockdemahlen fanden in Berlin die Friedensdemonstrationsversammlungen erst am 12. November statt, die alle lange vor Beginn überfüllt waren und in denen auch die jüngsten Vorgänge im Reichstage eingehend gewürdigt wurden. Es gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, welche besagt:

„Die Versammlung ist sich bewußt, daß die Kriegsgesahr von der kapitalistischen Politik aller Staaten ungerneulich ist. Die herrschende Schugpolitik sucht jede Nation von einem Stück des Weltmarkts auszuschließen. Sie steigert dadurch die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten und treibt sie zu einer gewalttätigen Expansions- und Kolonialpolitik, die wiederum die Kriegsgesahr vergrößert. Diese Politik hat das riesenhafte und stets sich beschleunigende Netz der kapitalistischen Staaten zur Folge. Es bedingt dies wachsenden Steuerdruck, so daß selbst für die notwendigen Kulturaufgaben keine Mittel übrigbleiben. Diese Politik hat über die Welt eine Area großer Kolonialkriege heraufbeschworen. Immer näher rückt die Gefahr, daß die entwickelten europäischen Nationen selbst in den Entscheidungskampfen um den Kolonialbesitz hineingezogen werden. Hat das Marokkoadvent der deutschen und französischen Regierung bereits die Kriegsgesahr zu einer akuten gemacht, so hat jetzt die italienische Regierung durch ihren trieblen Heubrand auf türkisches Gebiet den Krieg zwischen zwei europäischen Mächten entzündet. Die Befürchtung ist nur allzu gerechtfertigt, daß dieser Krieg in seinen Folgen auch andere Nationen in seinen verderblichen Strudel reißen kann. Die Versammlung brandmarkt die freche Friedensstörung durch die italienische Regierung, sie nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der dem Völkerrrecht hochverletzenden Grausamkeit und Brutalität der italienischen Kriegsführung und kennzeichnet insbesondere die Erschießung der Kriegsgefangenen Araber als feigen Mord. Die Versammlung drückt den türkischen und italienischen Opfern dieses Krieges ihre wärmste Anteilnahme aus; sie sendet ihren Brüdern und Klassen-genossen in der Türkei und Italien ihre wärmsten Grüße und weiß sich in der unerbittlichen Feindschaft gegen den Krieg eins mit dem Millionenheer der sozialistischen Internationale. Die Versammlung dankt insbesondere ihren Genossen in Salomiti für den mutigen Protest und dem-italienischen Proletariat für die Hühne. Lat des Demonstrationstreffens, durch die es jede Gemeinschaft mit der Dar-

baret seiner Feherrichter von sich gewiesen hat. Die Versammlung konstatiert, daß der Kapitalismus un- fähig geworden ist, die gewaltigen Produktivkräfte der vergesellschafteten Produktion länger zu beherr- schen, daß sein Verheben Zerstörung und Mißvergnü- gen bedeutet und deshalb mit dem kulta- rellen Aufstieg der arbeitenden Menschheit unverein- bar geworden ist. Sie wagt die Herrschenden vor den notwendigen Folgen kriegerischer Abenteuer und erklärt, alles daran zu setzen, um der Arbeiterklasse die politische Macht zu erobern, die die Vorbedin- gung ist für die Vergesellschaftung der Produktion, für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Denn der Kapitalismus ist der Krieg, der Sozialis- mus ist der Friede."

Zu bemerken wäre noch, daß Herr v. Jagow es mit der Angst zu tun bekommen hatte, weswegen er die blau gelblichen gelbungrünerten Berliner Schup- engel in aufsehenerregender Weise mobil machte. Überall in der Nähe der Versammlungslokale pan- den große Stimmzettel an den Ecken herum oder lagen in den Häusern verstreut. Mann für Mann der Revolver umgeschulmt. Außerdem war im Tier- garten, am Reichstagsgebäude ein umfangreiches Polizeilager aufgeschlagen. Königspalast und Sieges- säule waren von den Jagowtruppen rings dicht be- setzt, die mit Meldeoffizieren und Kavallerieabteilungen feindlichmännig operierten. Die Soldaten waren in den Hofeinen konzentriert, nicht einmal die Citi- ziersoldaten hatten "Ausgang". Trotzdem ist es nirgends zu Störungen gekommen.

Die Berliner Arbeiter lassen sich nicht proba- zieren. Sie halten behere und gründlichere Abrech- nung am 12. Januar 1912.

**Nummeritta aus dem Unternehmerlager.** Felix Kub hat es kontrastlich übernommen, jede Woche zwei bis drei Spalten der "Deutschen Arbeiter-Zeitung" zu füllen. Selbstverständlich hat er die Unter- nehmerpolitik nicht gemindert; dazu kann man ihn jedenfalls nicht gebrauchen; man hat ihn unge- wogen, auf dem ihm überlassenen Raume "philoso- phischen" Kohl zu bauen. Und nun in Felix Kub seit manchen Tagen am Werke. Für jeden Sonn- tag, den Gott schein und werden läßt, bringt er seinen Kohl, unverdorben und pünktlich. Im Grunde genommen sind die Beiträge Felixens sehr harmlose Dinge, bestenfalls Abfälle aus der geringen Wertzeit der Zeit, bald pathetisch, bald melodramatisch, und man wird darum nur dann ein Wort über sie ver- lieren, wenn sie in ihrer sympathischen Paradoxi- schkeit einmal ganz etwas Außerordentliches bieten. Aus diesem Anlaß möchten wir folgende Klüße vor dem unbeachteten Verwelken bewahren:

"Wie man es nimmt, das Mittel der Arbeits- niederlegung ist immer ein Kennzeichen, ist immer das Eingeständnis der eigenen Schwäche; man meint es auf eine andere Weise weiter bringen zu können, als dadurch, daß man sich mit einer möglichen großen Anzahl gleich schwacher Persönlichkeiten ver- bindet und auf Verabredung die Hände in den Schoß legt. Philosophische Moral und gesunder Menschen- verstand erklären übereinstimmend, daß ein Fort- schreiten der Kultur, eine Verbesserung der Lebensweise nur durch gesteigerte Leistung und Tätigkeit zu er- zielen sind. Die Streiftreibe stellt die Dinge auf den Kopf und möchte den Fortschritt durch Lässigkeit und Nichtstun erzwingen."

So ein Redakteur eines Unternehmerblattes muß doch sehr bequeme Arbeitgeber haben.

**Die Leberwarenfirma Rieth u. Kopp, Offen- bach a. M.** feierte am 15. November ihr 25-jähriges Geschäftsjubiläum. Herr Alois Rieth, der Mit- begründer der Betrieb geniesenden Firma, steht heute noch an der Spitze des Betriebes. Den Gratu- lationen aus dem Kreise seiner Arbeiter dankte er, wie uns glaubhaft berichtet wurde, mit dem Ver- sprechen, von nun ab strengstens darauf zu achten, daß auch in seinem Betriebe der Tarifvertrag voll- inhaltlich durchgeführt wird.

**Verweigerung von Streikarbeit ist kein Kontrakt- bruch.** Im Gegenteile zu einem anderen Urteile, das einem Hilfsarbeiter innerhalb seines Arbeitsverhält- nisses die Verrichtung von Streikarbeit zumute, hat nun das Berliner Gewerbegericht in einer neuen Entscheidung die Verweigerung von Streikarbeit für berechtigt erklärt. Gleichzeitig wurde damit der Anspruch einer Seindrederei auf Schadenersatz wegen Kontraktbruchs abgewiesen, da der Austritt der Angestellten aus der Firma wegen der gegen die guten Sitten verstoßenden Zumutung keinen Kon- traktbruch darstellt.

Eine sozialdemokratische Majorität in Landtage Schwarzburg-Rudolstadt ist das Resultat der Wahlen vom 9. November, wobei die Sozialdemokraten 9 und die Bürgerlichen 6 Mandate erlangen. In einem Kreise findet zwischen Bürgerlichen und Sozialdemo- kraten Stichwahl statt.

**Am ersten Vizepräsidenten im sächsischen Land- tage wurde der Sozialdemokrat Kräßdorf gewählt.** Im Präsidium befinden sich nunmehr zwei Sozialis- ten, da Genosse Kleißner Schriftführer geworden ist. Und so was passiert im roten Königreich, trotz Pluralrecht.

**Bei den Leipziger Gewerbegerichtswahlen** erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 19946 Stimmen und 42 Vertreter, der christlich-nationale Wirtschaft, welcher ein Mandat verlor, 1244 Stimmen und drei Vertreter. Die Liste der freien Unternehmer sieg- ten 228 auf 274 Stimmen und gewann 6 Sitze, also einen mehr als 1907.

**Bei der Gewerbegerichtswahl in Rüdlingen** wurde die Liste der freien Gewerkschaften glatt ge- wählt. Die katholischen und evangelischen Vereine, die ein großmächtige Sprüche machten, konnten nicht einmal eine Gegenliste zusammenbringen.

**Krankenkassenvertreterwahl.** Glänzend abgeschla- gen wurde bei den am Montag, den 5. November, vollzogenen Vertreterwahlen zur Generalversamm- lung der Crüstrantenkasse für kaufmännische Ge- schäfte in Hamburg der Angriff, den die isolierten bürgerlichen Handlungsgewerkschaften gegen die von ihnen grimmig gehasste bisherige sozialdemokratische Mehrheit unternommen hatte. Die bürgerliche Liste erhielt 2116, die sozialdemokratische 6818 Stimmen. Von den Bürgerlichen war in der gemeinsamen Weise geholt und kein Mittel der Agitation verschmäht worden. Und nun als Ergebnis doch dieser Reinfall.

**Bildungsbefrebungen der Stuttgarter Arbeiter- schaft.** Die Stuttgarter Arbeiter haben das löb- liche Verzeihen, ihren Bildungsstad zu erhöhen, wo- bei sie von verschiedenen Institutionen in dankens- werter Weise unterstützt werden. Im laufenden Wintersemester veranstaltet der Bildungsausschuß der organisierten Arbeiterchaft 4 Kurse über: Kulturgeschichte, Reichsversicherungsordnung, Ge- schichte des Sozialismus und Stilistik und Red- schreibung. Außerdem werden noch 4 Einzelvor- träge gehalten. Gesangskonzerte, 3 Theatervorhel- lungen und 2 Rezitationsabende vervollständigen das Programm. — Der Württembergische Goethebund veröffentlicht jeden sein Verzeichnis der Volksvor- lesungen. Themas aus dem Gebiete der Elektri- zität, Chemie, Physik, Technik, Kunstgewerbe, Ge- schichte und Musik, sowie geologische Ausflüge und Museumbesichtigung bilden den Lehrstoff. Als Dritter im Bunde erfragen die akademischen Ar- beiter-Unterrichtskurse um rege Beteiligung. Der Lehrplan weist folgende Unterrichtsfächer auf: Deutsch, Geometrie, Bürgerkunde, Buchführung, Rechnen, Erdkunde, Schönschreiben, Stenographie und Schreinerkursus. Hauptsächlich beteiligen sich unsere Kollegen in zahlreicher Menge an diesen Be- treibungen.

**Bücherschau.**

**Arbeiter-Kalender 1912.** Verlag: Buchhand- lung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H. Berlin SW. 68. Preis: Gebunden 50 Pf.

Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstags- wahlen bringt der Kalender folgende Tabellen und Abhandlungen: Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 und der Nachwahlen. — Die Sozialdemo- kratie in den einzelnen Provinzen und Staaten. — Stimmzähl bei der Reichstagswahl 1907. — Bio- graphische Notizen der sozialdemokratischen Reichs- tagsabgeordneten. — Winke für die Reichstags- wahlen.

Nach der übrige Inhalt des Kalenders ist viel- seitig. Wir erwähnen u. a.: Porträts der verstor- benen Genossen: Hermann Vorqmann, Emma Iwer, Gabriel Reewenstein. — Paul Singer. — Kalen- drium und Geschäftskalender. — Deutsche Vereine im Auslande. — Portolage. — Alle wichtigen Partei- und Gewerkschaftsadressen.

Der gewerkschaftliche Teil bringt die wichtigsten Vorgänge aus der Gewerkschaftsbewegung: Lohn- bewegungen und Streiks. — Internationale Gewer- schaftsbewegung 1909. — Arbeitersekretariate. — Jahresentnahmen und Ausgaben usw.

Für die in der gewerkschaftlichen und politischen Agitation tätigen Genossen wird der Kalender ein unentbehrliches Hilfsmittel sein, namentlich leicht er gute Dienste bei der Kleinarbeit. Darum soll er der ständige Begleiter jedes Arbeiters sein.

Zu beziehen ist der Arbeiter-Kalender durch alle Zeitungsböten, Buchhändler und Kolporture.

**Wahlzettel der bürgerlichen Parteien.** Eine Sammlung und Widerlegung der von den bürger- lichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemo- kratie und der sozialdemokratischen Vertreter ver- breiteten Lügen. Zweite veränderte Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H. Berlin SW. 68. Preis gebunden 3 Mt. Zu be- ziehen durch alle Buchhandlungen.

**Handbuch für sozialdemokratische Wähler.** Her- ausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Verlag Buchhandlung Vor- wärts Paul Singer & Co. m. b. H. Berlin SW. 68. 781 Seiten. Gebunden 5 Mt. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

**Adressenänderungen.**

Bremen. B Rudolf Anemöller, Vor dem Stein- tor 104, III.

**Sterbetafel.**

Offenbach a. M. Am 6. November verstarb unser Mitglied der Portefeuille Johann Daniel Schneider im Alter von 40 Jahren.

Ebte seinem Andenken!

**Verfallungskalender.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Ver- fallungskalender, die bis zum Redaktionsschluss bei uns ein- laufen.)

- Salingen. Sonntag, den 26. November, vor- mittags 9½ Uhr.
- Kettersen. Sonnabend, den 25. November, abends 8½ Uhr.
- Salle a. S. Sonnabend, den 25. November, abends 8½ Uhr, im Volkspark.
- St. Auheim. Samstag, den 25. November, abends 8½ Uhr, im Gasthaus zum Deutschen Kaiser.
- Stuttgart. Samstag, den 25. November, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Rauten. Sonnabend, den 25. November, abends 8½ Uhr, in Stadt Bittau.
- Braunschweig. Dienstag, den 21. November, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5.
- Stuttgart i. C. Sonnabend, den 25. November, abends 8½ Uhr, im „Zum Falken“, Schiffleustaden.
- Dannover. Sonnabend, den 25. November 1911; Sonnabend, den 18. Dezember 1911; Sonnabend, den 6. Januar 1912; Generalversammlung. Sämt- liche Versammlungen sind im Saale des Gewerks- schaftshauses. Anfang 8½ Uhr.
- Zwickau. Sonnabend, den 18. November, abends 8½ Uhr, im „Goldenen Becker“.
- Bremen. Sonnabend, den 25. November, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus. Vortrag: „Entziehung und Entwicklung der kapitalistischen Warenproduktion“.

**Anzeigen.**

**Sattler**

auf Rufterkoffer geübt, in gute dauernde Stelle gesucht.

Gebrüder Jörgen, Plauen.

**Polster- und Sattlermeister**

von großer Karosseriefabrik im Rheinland gesucht. Nur allererste Kräfte mit reicher Erfahrung, welche in der Lage sind, großer Werkstätte vor- zustehen, wollen sich melden. Fr. Offerten unt. F. R. 150 an die Expedition dieses Blattes.

**Bringe mein reichhaltiges Lager in Portefeuille- und Sattlerwerkzeugen**

**Exzellenz:** Jangen zu jedem Artikel und Gebrauch, Kleiderbügel- und Kofferzangen aus einem Stück, kein Köbchen der Sack mehr, in empfehlende Er- innerung. In jeder Tageszeit wird geliefert. Preisverzeichnis franco zu Diensten.

**Georg Dittler, Werkzeugfabrikation** Offenbach am Main, Gr. Markstr. 42.

**la Terpentin-Schabestärke und Leim**

preiswert beim Kollegen Carl Schael, Berlin S., Schötenstraße 2.

**Werkzeuge, Beschläge, Nieten u. Stifte.**

Spezialität von E. Rembauer, Offenbach a. M. Lieferung sofort ab Lager.